

Schulabgänger schlecht wie noch nie“, titelte die „Steirerkrone“ vor wenigen Tagen. Im Blattinneren wurde der Redakteur noch deutlicher. In Deutsch und Mathematik würden immer mehr Abgänger der 9. Schulstufe „katastrophal“ abschneiden. Das Niveau sei



Gastkommentar von  
Dr. Hannes Androsch

Arbeitsmarkt aber sucht qualifizierte Mitarbeiter für „lucky jobs“.

Jüngst hat eine Experten-Gruppe unter der Leitung von Markus Hengstschlager in einem „Think tank“ des Vizekanzlers eine dramatische Warnung ausgesprochen. Sollte die Bundesregierung nicht alsbald aus ihrem Dornröschenschlaf erwachen und eine bundeseinheitliche Frühförderung sowie die gemeinsame Ganztagschulen bis zum 15. Lebensjahr einführen, wie das in über 80 % der europäischen Staaten der Fall ist, so droht unserem Land eine eklatante Zunahme der Jugendarbeitslosigkeit und ein noch größerer Engpass bei den Facharbeitern. Dann ist endgültig aus mit lustig.

In dieser heiklen Situation schlage ich eine verbindliche Volksabstimmung über zwei

## Volksentscheid für Bildung

„erschreckend“ und „unser Schulsystem offensichtlich unter Hund“.

Als Zeuge wurde VOEST-General Eder aufgerufen. Er stellt schon seit längerem einen galoppierenden Verfall bei den Kenntnissen der Pflichtschulabgänger fest. So müsse sein Betrieb pro Lehrling und Jahr bereits 70.000 Euro aufwenden, einen immerhöheren Anteil davon für Nachhilfe, weil zahlreiche Schulabsolventen weder ausreichend lesen noch schreiben, und schon gar nicht rechnen können. In dasselbe Horn bläst auch der neue V-Präsident Kapsch. „Wir finden keinen qualifizierten Nachwuchs mehr.“ Die Bildung wird zum Standortnachteil für Österreich. Wissen und Qualifikation bedeutet (Wettbewerbs-)Macht.

Aber das ist längst nicht alles. Wir haben nicht nur jede Menge untauglicher Schulabsolventen, sondern Jahr für Jahr 79.000 (!) 16- bis 24-Jährige, die überhaupt keinen oder lediglich einen Pflichtschulabschluss nachweisen können. Und das reicht heute nur mehr für „lousy jobs“ – oder für die Sozialhilfe. Der

der wichtigsten Teilbereiche unseres Bildungssystems vor, die durch jahrzehntelange ideologische Hahnenkämpfe blockiert sind. Das eine ist die ab dem ersten Lebensjahr beginnende individuelle Förderung aller Kinder als Angebot und die ganztägige, autonome und gemeinsame Schule bis zum 15. Lebensjahr. Der zweite Teilbereich betrifft die Universitäten. Hier soll darüber abgestimmt werden, ob es an den Hochschulen eine faire, ausgewogene Studienplatzfinanzierung geben soll, kombiniert mit sozialverträglichen, stipendien-gestützten Studiengebühren. Unter der Voraussetzung, dass endlich die Mittel bereitgestellt werden für ein zeitgemäßes universitäres Studienangebot.

Eine solche Volksabstimmung ist legitim und sinnvoll. Wenn nämlich die zwei größten politischen Parteien seit urdenklichen Zeiten außerstande sind, über ihre ideologischen Schatten zu springen, dann müssen die Bürgerinnen selbst die Blockade beenden und den Weg für die Zukunft unserer Jugend und unseres Landes frei machen. Bildung macht frei!